

Bürgerentscheid zur Verhinderung der geplanten Westumfahrung mit 707 Unterschriften erfolgreich zugelassen!

In der öffentlichen Gemeinderatssitzung am 15.10.2025 wurde die Zulassung des eingereichten Bürgerbegehrens durch den Gemeinderat einstimmig beschlossen.

Die Fragestellung die zur Abstimmung gestellt wird lautet wie folgt:

*„Erhalt von Natur und Lebensressourcen im Ebersbachtal anstatt Bau einer Westumgehung St 2243. Sind Sie dafür, dass die Marktgemeinde Neunkirchen am Brand alle ihr zur Verfügung stehenden rechtlich zulässigen Maßnahmen ergreift, um die Planungen zur Verlegung der Staatsstraße St 2243 westlich Neunkirchens am Brand zu verhindern?“*

Christian Braun (Freie Wähler) befürwortete das Bürgerbegehren mit den Worten „Das Engagement zeigt, es ist den Leuten wichtig, man soll es nicht als Gegenwind sehen, sondern als gelebte Demokratie.“

Als Termin für den Bürgerentscheid wurde Sonntag, der 11. Januar 2026 festgelegt.

Der eigentliche Wunsch der Initiatoren den Entscheid aus Kosten- und Zeitgründen zusammen mit der Kommunalwahl im März 2026 durchzuführen sei aus rechtlichen Gründen nicht zulässig.

Im Nachgang wurde auch über ein von Bürgermeister Walz eingereichtes Ratsbegehren abgestimmt. Hier wird eine, von der Gemeinde formulierte Konkurrenz-Frage, den Bürgerinnen und Bürgern beim anstehenden Bürgerentscheid, zusätzlich zur Abstimmung gestellt.

*„Sind Sie dafür, dass der Markt Neunkirchen am Brand daran festhält, vom Freistaat Bayern eine Verlegung der Staatsstraße 2243 von der jetzigen Trasse durch den Innerort (Forchheimer Straße, Äußerer Markt, Innerer Markt, Erlanger Straße) zu fordern und keine diesbezüglichen Verhinderungsmaßnahmen zu ergreifen“*

Vor der Abstimmung stellte Christian Braun (FW) den Antrag, die Formulierung im Ratsbegehren abzuändern und die Marktgemeinde Neunkirchen bei der Festlegung der Variantenwahl der geplanten Umfahrung zu beteiligen.

Als Begründung nannte er, dass der Markt Neunkirchen bisher in die Entscheidungsfindung zur Variantenwahl nicht einbezogen wurden. Die Freien Wähler seien der Überzeugung, dass eine zukunftsfähige Lösung der Verkehrsproblematik nur gefunden werden könne, wenn vorher die Kommune und damit deren Bürgerinnen und Bürger beteiligt würden. Eine, wie bisher vorgenommene gleiche Gewichtung aller Kriterien, könne unmöglich zu einem optimierten Ergebnis führen. Die Freien Wähler sehen es eigentlich als selbstverständlich an, wenn seitens des Freistaates Bayern eine Behörde beauftragt wird, dass dann die entsprechenden Planungen unter Berücksichtigung der Betroffenen durchgeführt werden. Dies würde dann auch zu einer

Planung mit größtmöglichem Konsens und auch größerer Akzeptanz führen. Dabei sollte auch berücksichtigt werden, dass derartige Entscheidungen sich in ihrer Tragweite auch auf nächste Generationen auswirken werden. Außerdem beabsichtige er damit Druck auf das Bauamt und auf den Landrat auszuüben, sagte er auf Nachfrage.

Dieser Antrag wurde nach längerer Diskussion abgelehnt.

Die Fraktion der Grünen äußerte Bedenken, durch dieses Ratsbegehren würden Bürgerinnen und Bürger maximal verwirrt. Jeder Bürger hätte die Gelegenheit beim Bürgerentscheid sich klar mit ja oder nein zu positionieren.

Auch der zweite Bürgermeister Martin Mehl (CSU) meldete sich zu Wort und vertrat den Standpunkt, dass eine Westumgehung die innerörtlichen Probleme nicht löse. So führte er aus, dass die Probleme insbesondere im Streckenabschnitt zwischen Forchheimer Tor und Deerliker Platz trotz Umfahrung weiter bestehen würden. Die Hälfte des Schwerlastverkehrs verbleibe, laut Pressemitteilung des Straßenbauamtes, trotzdem im Ort. Er erwarte bei der Westumfahrung eine lange Planungszeit und eine lange Zeit bis der Planfeststellungsbeschluss rechtssicher sei; so von ca. 10 bis 15 Jahren. Doch die aufgeführten Missstände verblieben, daher müsse man jetzt aktiv werden. Er forderte eindringlich auf die jetzigen Straßenverhältnisse zu verbessern und gab an, dem Ratsbegehren nicht zustimmen zu können.

Trotz dieser Einwände stimmte der Gemeinderat mit 15 : 5 für das Ratsbegehren.

Was nun?

Am 11.01.2026 sind alle Bürgerinnen und Bürger Neunkirchens gefragt, sich aktiv an der Gestaltung Neunkirchens und dem Schutz des Ebersbachtals zu beteiligen.

Jeder ist dazu aufgerufen sich zu informieren und zu entscheiden, wie sich unser Ort weiterentwickelt.

Unser Wunsch ist ein zeitgemäßer Umgang mit der Verkehrsthematik, zum Wohle von Menschen und Natur. Es muss eine zeitnahe Lösung für die Verkehrsproblematik innerorts gefunden werden. Hierzu ist Druck auf alle politisch Verantwortlichen auszuüben, damit diese Maßnahmen ergreifen, die schon längst hätten realisiert werden können. Es muss gemeinsam nach Möglichkeiten gesucht werden, die realisierbar sind. Wir müssen die Dinge gemeinsam angehen, im Sinne aller Bürgerinnen und Bürger in Neunkirchen.

- Dafür ein „JA“ zum Bürgerentscheid –

Für den Erhalt von Natur und Ressourcen im Ebersbachtal und klimaschonende, zukunftsorientierte Lösungen für den Verkehr - Denn wer Probleme umfährt, baut keine Lösungen!